

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Glossar	XXVII
Einleitung	3
I. Medizinische und psychosoziale Aspekte der Reproduktionsmedizin	13
II. Rechtsgrundlagen der heterologen Insemination	45
III. Fortpflanzung als Rechtsgeschäft – Die relevanten Rechtsakte für eine heterologe Insemination	107
IV. Die Integration der heterologen muF in das Abstammungsrecht	161
V. Elternschaft als Rechtsgeschäft? Eine Problemdarstellung	257
VI. Analyse der Grundsätze der abstammungsrechtlichen leges generales für die Verpflichtung zur rechtlichen Elternschaft	309
VII. Übertragung der allgemeinen Grundsätze zur Verpflichtung zur rechtlichen Elternschaft auf das Abstammungsrecht nach homologer muF de lege lata	357
VIII. Zusammenfassung der Erkenntnisse zur Verpflichtung zur rechtlichen Elternschaft, nach »natürlicher« sowie nach homologer muF	367
IX. Übertragung der allgemeinen Grundsätze der Verpflichtung zur rechtlichen Elternschaft auf das Abstammungsrecht nach heterologer muF de lege ferenda	371
Ergebnisse und Vorschläge	397
Literaturverzeichnis	419
Stichwortverzeichnis	445

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Glossar	XXVII
Einleitung	3
A. Problemaufriss und Zielsetzung der Arbeit	3
B. Gang der Darstellung	9
I. Medizinische und psychosoziale Aspekte der Reproduktionsmedizin	13
A. Die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (muF)	13
B. Die Fortpflanzung als Gegenstand rechtlicher Regulierung – emotionale Debatten um die Terminologie	19
C. Das heterologe System – Fortpflanzung zu dritt	24
1. Grundgedanken der Fortpflanzung zu dritt und die Interessen der Wunscheltern, des Spenders und des Kindes	27
2. Die praktische Relevanz der heterologen Insemination	30
3. Die rechtliche Relevanz der Normen zur heterologen Insemination	34
4. Das Kinderwunschpaar – Psychosoziale Aspekte ...	36
a. Adoption versus heterologe Insemination	36
b. Die Auswahl des Samenspenders	39
5. Der Samenspender – Psychosoziale Aspekte	40
6. Das Kind – Psychosoziale Aspekte	42
II. Rechtsgrundlagen der heterologen Insemination	45
A. Das Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG)	45
1. Der Anwendungsbereich des FMedG	46

2.	Zulassung und Verbot einzelner Methoden der muF	51
a.	Die verfassungsrechtlichen und grundrechtlichen Maßstäbe der rechtlichen Beurteilung von Verboten im Bereich der Fortpflanzungsmedizin	55
(i.)	Der Schutzzumfang des Art 8 EMRK	55
(ii.)	Das Diskriminierungsverbot des Art 14 EMRK	60
(iii.)	Die sachliche Rechtfertigung eines Eingriffes nach Art 8 Abs 2 EMRK	61
b.	Kritische Würdigung der dogmatischen Vorgehensweise des VfGH und des EGMR	63
	Nachtrag: Das Urteil des VfGH vom 10. 12. 2013	68
3.	Die Befugnis zur Durchführung einer muF	69
4.	Der Samenspender im FMedG	70
5.	Das Wunschelternpaar im FMedG	74
a.	Gleichheitswidrigkeit der Anordnung einer Zustimmung in Notariatsaktsform für Lebensgemeinschaften, die eine homologe muF durchführen lassen wollen	75
b.	Heterologe Insemination mit einem dem Wunschelternpaar bekannten Samenspender – Wegfall der Anonymität	78
6.	Fertilitätserhaltende Verfahren der Reproduktionsmedizin, die FMedGNov 2004 und der Grundsatz der Behandlungseinheit	80
7.	Strafbestimmungen	85
8.	Novellierung des Abstammungsrechts des ABGB ...	86
B.	Das Gewebesicherheitsgesetz (GSG)	87
1.	Das GSG und die Befugnis zur Durchführung einer muF	88
2.	Der Samenspender im GSG	90
3.	Das Wunschelternpaar im GSG	92
C.	Sozialversicherungsrecht – Medizinisch unterstützte Fortpflanzung als Heilbehandlung?	95
1.	Das IVF-Fonds-Gesetz	95
2.	Ist medizinisch unterstützte Fortpflanzung eine Heilbehandlung?	96

a.	Der Krankheits- und Heilbehandlungsbegriff ...	97
b.	Homologe medizinisch unterstützte Fortpflanzung als Heilbehandlung?	98
c.	Heterologe medizinisch unterstützte Fortpflanzung als Heilbehandlung?	102
D.	Internationales Privatrecht	104
III.	Fortpflanzung als Rechtsgeschäft – Die relevanten Rechtsakte für eine heterologe Insemination	107
A.	Rechtsakte des Samenspenders	108
B.	Verträge zwischen der behandelnden Krankenanstalt und einer anderen Krankenanstalt/Samenbank über die Lieferung eines Spendersamens	110
C.	Rechtsakte der Wunscheltern	111
1.	Wunscherfüllende Medizin versus Heilbehandlung – Eine Unterscheidung mit Auswirkungen auf das Zivilrecht?	111
a.	Veränderungen der ärztlichen Tätigkeit	112
b.	Behandlungsvertrag oder Werkvertrag?	114
c.	Zusammenfassung	119
2.	Besondere Inhalte des Behandlungsvertrages über die Durchführung einer heterologen Insemination	120
a.	Die Bereitstellung des Spendersamens	120
b.	Haftungsrechtliche Überlegungen zur Bereitstellung des Spendersamens	123
(i.)	Haftung ex contractu	123
(ii.)	Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	124
(iii.)	Produkthaftung	126
c.	Die Vereinbarung der Verwendung eines bestimmten Samens – die Auswahl des Samenspenders	129
3.	Sonderbestimmungen des FMedG für die Rechtsakte der Wunscheltern	130
a.	Die Einheit des Wunschelterpaares	131
b.	Differenzierung zwischen der Einwilligung in die medizinische Behandlung und der	

	statuslegitimierenden Einwilligung – die Zustimmung gemäß § 8 FMedG	132
	c. Formvorschriften	138
	d. Zusammenfassung	138
4.	Die Einwilligung in die muF (in die medizinische Behandlung)	140
	a. Die Rechtsnatur der Einwilligung im Allgemeinen	140
	b. Die Rechtsnatur der Einwilligung in die medizinische Behandlung (bzw in die muF) im Besonderen	142
	c. Inhalt und Erklärungsempfänger	149
	d. Einwilligungsfähigkeit	149
	e. Widerruf	153
	f. Befristung	156
5.	Fortpflanzung als Rechtsgeschäft?	158
IV.	Die Integration der heterologen muF in das Abstammungsrecht	161
	A. Dogmatik und Funktion des allgemeinen Abstammungsrechts	161
	1. Die Rechtsfolgen der abstammungsrechtlichen Zuordnung	161
	2. Abgrenzung des Abstammungsrechts vom Adoptionsrecht	167
	3. Statusprinzipien und statuskonstitutive oder personenrechtliche Rechtsgeschäfte	169
	4. Die Bedeutung der Mutter im Abstammungsrecht – Mater semper certa est	177
	5. Aktuelle Problemkreise des Abstammungsrecht im Lichte der Veränderungen der Realphänomene der Fortpflanzung und der Elternschaft	181
	6. Die Funktion des Abstammungsrechts	185
	a. Die Zuordnung eines Kindes zu seinen Eltern im Rechtssinn	185
	b. Zuordnung zu wem? Oder: Der Streit um die Wesensmerkmale der Vaterschaft	186

c.	Die neutrale oder konfliktfreie Zuordnung innerhalb des Freiraums der Familienautonomie	190
d.	Zuordnung als Entscheidung eines Konfliktes – Der Streit um die rechtliche Vaterschaft	197
(i.)	Die Berechtigung zur rechtlichen Vaterschaft – der positive Vaterschaftskonflikt	199
(ii.)	Die Verpflichtung zur rechtlichen Vaterschaft – der negative Vaterschaftskonflikt	202
B.	Die abstammungsrechtlichen <i>leges speciales</i> zur heterologen muF	207
1.	Die Funktion der abstammungsrechtlichen Normen zur heterologen muF	207
2.	Der Anwendungsbereich der abstammungsrechtlichen Normen zur heterologen muF	210
3.	Das Kind und die Wunschmutter	211
4.	Das Kind und der Samenspender	211
a.	Die Rechtsstellung des Samenspenders	211
b.	Der gesetzliche Ausschluss des Samenspenders von der Verpflichtung zur rechtlichen Vaterschaft	215
(i.)	Die Bedeutung des § 148 Abs 4	215
(ii.)	Der Samenspender im Abstammungsrecht anderer Rechtsordnungen	219
c.	Definition des Samenspenders – Abgrenzung zum »privaten« Samenspender	223
d.	Das Recht auf Kenntnis der genetischen Abstammung	225
5.	Das Kind und der Wunschvater	229
a.	Der Wunschvater	230
b.	Die statuslegitimierende Zustimmung	231
(i.)	Funktion und Begriff	231
(ii.)	Der Inhalt der statuslegitimierenden Zustimmung und ihr Verhältnis zur Einwilligung in die medizinische Behandlung sowie zum FMedG	233

(iii.)	Rechtsnatur	236
	Exkurs: Die zweckentsprechende Zustimmung des § 1600 Abs 5 BGB – Fortpflanzungsmedizinrecht in Deutschland	238
(iv.)	Formvorschriften	242
(v.)	Einwilligungsfähigkeit	244
(vi.)	Erklärungsempfänger und Widerruf	249
(vii.)	Befristung	254
V.	Elternschaft als Rechtsgeschäft?	
	Eine Problemendarstellung	257
	A. Einleitung	257
	B. Ausgewählte Fallgruppen zur strittigen Frage der Wirksamkeit der statuslegitimierenden Zustimmung	260
1.	Formmangel	260
2.	Einwilligung in eine gesetzeswidrige muF	265
3.	Die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts des Einwilligenden als Wirksamkeitsvoraussetzung	270
a.	Willensmängel	270
b.	Fälle einer Samenverwechslung	277
4.	Rückwirkende Unzulässigkeit der Durchführung einer heterologen muF	282
	C. Analyse der Literatur und Judikatur zu den Wirksamkeitsvoraussetzungen der statuslegitimierenden Zustimmung	285
1.	Das Rechtsgeschäft als Legitimation der Verpflichtung zur rechtlichen Vaterschaft?	285
2.	Unsachliche Ungleichbehandlung des Wunschvaters gegenüber der Wunschmutter – Verletzung des Gleichheitssatzes gem Art 7 B-VG?	289
	D. Analyse der Lösungsvorschläge	292
1.	Der Einwand des Rechtsmissbrauchs	292
2.	Bloße Zahlvaterschaft	294
3.	Analogie zu personenrechtlichen Rechts- geschäften und die rechtsgutbedingte Modifikation des Rechtsgeschäftsrechts	297
4.	Subsidiäre Vaterschaft des Samenspenders	299

5. Wanitzek – Die Zustimmung als willensgetragener Realakt	301
E. Fazit und Schlussfolgerungen	304
VI. Analyse der Grundsätze der abstammungsrechtlichen leges generales für die Verpflichtung zur rechtlichen Elternschaft	309
A. Einleitung und Gang der Darstellung	309
B. Wer ist zur rechtlichen Vaterschaft verpflichtet?	310
1. Unmöglichkeit des rechtlichen Vaters, sich aus dem einmal begründeten Statusverhältnis zu lösen	311
a. Der Antrag auf Feststellung der Nichtabstammung vom Ehemann der Mutter (§ 151)	312
b. Der Antrag auf Rechtsunwirksamkeits- erklärung des Anerkenntnisses wegen eines Willensmangels (§ 154 Abs 1 Z 3 lit a)	312
c. Der Rechtsunwirksamkeitsgrund der Nichtabstammung und die Erklärung des Anerkenntnisses im Wissen um die Nichtabstammung (§ 154 Abs 1 Z 3 lit b)	318
2. Durchsetzung einer Statusbegründung gegenüber dem Mann – Der Antrag auf gerichtliche Feststellung der Vaterschaft	328
3. Ergebnis	329
C. Die Legitimation der Verpflichtung zur rechtlichen Vaterschaft jenes Mannes, von dem das Kind abstammt, und zur rechtlichen Mutterschaft jener Frau, die das Kind zur Welt bringt, nach »natürlicher« Fortpflanzung	330
1. Abstammung als Zurechnungselement für die Verpflichtung zur rechtlichen Vaterschaft	332
2. Das Gebären des Kindes als Zurechnungs- element für die Verpflichtung zur rechtlichen Mutterschaft	334
3. Die Legitimation der Verpflichtung zur rechtlichen Elternschaft	336

a.	Zurechnung kraft Zeugungshandlung – oder: Das Selbstverantwortungsprinzip als Legitimation?	337
b.	Zurechnung ohne Zeugungshandlung, kraft reiner Kausalität	340
(i.)	Abwälzbarkeit der elterlichen Verantwortung als Voraussetzung für ihre Legitimität?	344
(ii.)	Keine Notwendigkeit einer beiderseitigen Rechtfertigung – Der Vorrang des Kindeswohls	345
c.	Zurechnung kraft bloß potentieller Zeugungshandlung	352
VII.	Übertragung der allgemeinen Grundsätze zur Verpflichtung zur rechtlichen Elternschaft auf das Abstammungsrecht nach homologer muF de lege lata	357
VIII.	Zusammenfassung der Erkenntnisse zur Verpflichtung zur rechtlichen Elternschaft, nach »natürlicher« sowie nach homologer muF	367
IX.	Übertragung der allgemeinen Grundsätze der Verpflichtung zur rechtlichen Elternschaft auf das Abstammungsrecht nach heterologer muF de lege ferenda	371
A.	Probleme de lege lata	371
B.	Übertragung der allgemeinen Grundsätze der Verpflichtung zur rechtlichen Elternschaft auf das Abstammungsrecht nach heterologer muF de lege ferenda	375
1.	Ein Lösungsvorschlag: Subsidiäre Anknüpfung an die Zeugungsveranlassung	375
2.	Vorteile des hier vorgeschlagenen subsidiären Auffangtatbestandes und offene Fragen	386
C.	Schlussbetrachtungen	391

Ergebnisse und Vorschläge	397
Literaturverzeichnis	419
Stichwortverzeichnis	445